3.

Die Stellung des Reichsgerichts im Entwurf zum neuen
Gerichtsverfassungsgezet.

Von Senatspräsident Dr. Ebermayer, Leipzig.

Der Entwurf zum Gerichtsverfassungsgezet, das voraussichtlich schon in der nächsten Zeit der Nationalversammlung zu-
gehen wird, bringt grundlegende Änderungen in der Zuständig-
keit der Strafgerichte. An die Stelle der bisherigen Dreiteilung
der ersten Instanz (Schöffengerichte, Strafkammern, Schwur-
gerichte) setzt er, abgesehen von den Fällen, in denen das Reichs-
gericht in erster Instanz zuständig ist, die Zweiteilung (Schöffengerichte und Schwurgerichte), schaltet die Strafkammern als
Gerichte erster Instanz vollkommen aus und läßt sie nur noch
als Berufungsinstanz gegen die Urteile der Schöffengerichte be-
stehen. Der Neuaufbau machte natürlich auch eine neue Regelung
des Revisions- oder, wie es in Zukunft heißen soll, Rechts-
rügeverfahrens notwendig, und lediglich diese soll nachstehend
einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Hinsichtlich der Schwurgerichte bleibt es bei den bisherigen
Bestimmungen, die Revision gegen schwurgerichtliche Urteile geht
nach wie vor an das Reichsgericht. Zur Entscheidung über
Rechtsrügen, die gegen Urteile der Strafkammern und Amts-
gerichte erhoben werden, ist das Reichsgericht in Zukunft nur
dann zuständig, wenn die Entscheidung des Reichsgerichts vom
Staatsanwalt im Einvernehmen mit dem Oberreichsanwalt be-
antragt wird; in allen anderen Fällen entscheiden über Rechts-
rügen gegen die Urteile der Strafkammern und Amtsgerichte
die Oberlandesgerichte. Will ein Oberlandesgericht bei der
Entscheidung über eine Rechtsrüge von einer Entscheidung
eines Straffenatzes des Reichsgerichts oder der vereinigten
Straffenate oder von einer Entscheidung eines anderen Ober-
landesgerichts abweichen oder hält es eine Entscheidung des
Reichsgerichts zur Klärung einer Rechtsfrage von grundsätz-
licher Bedeutung zur Wahrung der Reichseinheit für geboten,
so hat es unter Begründung seiner Auffassung die Entscheidung

des Reichsgerichts über die streitige Rechtsfrage einzuholen. Eine Begründung zu diesen Vorschlägen, die, wenn sie Gesetz werden, die Tätigkeit des Reichsgerichts in Strafsachen ganz gewaltig einschränken werden, liegt zurzeit nicht vor. Bestimmend war vermutlich das Bestreben, das Reichsgericht von der Befassung mit kleinen und unbedeutenden Sachen möglichst frei zu halten. Dieses Bestreben ist an sich durchaus gerechtfertigt; denn es ist nicht zu leugnen, daß unter den bisherigen Verhältnissen das Reichsgericht vielfach gezwungen war, sich mit Fällen der wichtigsten und unbedeutendsten Art zu beschäftigen, die überall anders hingehörten, als vor das Forum des höchsten Gerichtshofes. Andererseits lassen sich Bedenken gegen eine so weitgehende Ausschaltung des Reichsgerichts, wie der Entwurf sie vorschlägt, nicht unterdrücken. Was bleibt für das Reichsgericht übrig? Zunächst die Revisionen gegen die schwurgerichtlichen Urteile. Diese bedeuten schon bisher wenig, da materiellrechtliche Rügen gegenüber dem Geschworenenentspruche kaum in Frage kommen, die Rechtsrügen daher im wesentlichen nur auf prozessualem Gebiete liegen. Es kommt dazu, daß nach dem Entwurf die Zuständigkeit der Schwurgerichte zwar durch Verweisung der Preßdelikte einigermaßen erweitert, auch die Möglichkeit der Rechtsrüge bei fehlerhafter Rechtsbelehrung gegeben wird, andererseits aber die Zuständigkeit durch Herübernahme einer Reihe wichtiger Verbrechen (wie Urkundenfälschung, Amtsverbrechen usw.) an die Schöffengerichte erheblich eingeschränkt wird, womit sich die Zahl und Bedeutung der schwurgerichtlichen Revisionen von selbst vermindert.

Die Fälle, in welchen der Staatsanwalt, sei es daß er oder der Angeklagte die Rechtsrüge gegen ein Urteil der Strafkammer oder des Amtsgerichts erhoben hat, die Entscheidung des Reichsgerichts beantragt, werden voraussichtlich sehr selten sein, und sich noch dadurch vermindern, daß — mit Recht — das Einverständnis des Oberreichsanwalts verlangt wird.

Sonach bleiben für die eigentlichen Verhandlungen des Reichsgerichts nur diese beiden Arten von Revisionen: die schwurgerichtlichen und die staatsanwaltschaftlichen, erstere wenig zahlreich und sachlich nicht selten wenig inhaltreich, letztere der Zahl nach ebenfalls nicht bedeutend.

Dazu kommen die durch Beschluß zu erledigenden Sachen, die die Oberlandesgerichte an das Reichsgericht abgeben. Ob

die Oberlandesgerichte von der ihnen zugebachten Befugnis — oder ſagen wir, von der ihnen auferlegten Verpflichtung — „zur Klärung einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zur Wahrung der Rechtseinheit“ die Entſcheidung des Reichsgerichts einzuholen, häufigen Gebrauch machen werden, erſcheint in hohem Maße zweifelhaft. Die Fälle, in denen es ſich um „Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung“ handelt, werden an ſich nicht ſehr zahlreich ſein; außerdem iſt anzunehmen, daß die Oberlandesgerichte bei ihrer Arbeitsfreudigkeit und bei der Selbſtändigkeit, die ſie ſich erfreulicherweiſe auch gegenüber dem Reichsgerichte ſtets zu wahren mußten, es nicht ſehr häufig für „geboten“ erachten werden, auch in Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung die Entſcheidung des Reichsgerichts einzuholen; vielmehr werden ſie es vorziehen, auch ſolche Fragen zunächſt ſelbſt zu entſcheiden und es gegebenenfalls einem anderen Oberlandesgerichte bei ſpäterer Entſcheidung zu überlaſſen, für den Fall beabſichtigter Abweichung ſich an das Reichsgericht zu wenden.

Auch diejenigen Fälle, in denen ein Oberlandesgericht von einer Entſcheidung eines Straſſenats des Reichsgerichts oder der vereinigten Straſſenate abweichen will, ſind, ſoweit ſich die Reviſur verfolgen läßt, nicht zahlreich; ſie würden ſich noch vermindern, wenn die Beſtrebungen, die von gewiſſer Seite im Gange ſind, die Veröffentlichung reichsgerichtlicher Entſcheidungen außerhalb der offiziellen Sammlung möglichſt einzukürzen, von Erfolg begleitet ſein würden; denn erſte Vorauſetzung für ein Abweichenwollen iſt natürlich, daß das Oberlandesgericht weiß, wie das Reichsgericht in dieſem oder jenem Falle entſchieden hat.

Was aber endlich die Fälle anlangt, in denen das Oberlandesgericht die Sache an das Reichsgericht zu leiten hat, weil es von der Entſcheidung eines anderen Oberlandesgerichts abweichen will, ſo iſt hier zu berückſichtigen, daß es, man kann ſagen, auf Zufall beruht, wenn das eine Oberlandesgericht einmal erfährt, wie ein anderes im gleichen Falle entſchieden hat: war es biſher doch nicht einmal am Reichsgericht zu erreichen, daß der eine Senat regelmäßig und rechtzeitig Kenntnis von den Entſcheidungen der anderen Senate erhielt. Eine inſtantiſche Veröffentlichung der Urteile der Oberlandesgerichte findet nicht ſtatt und wird auch in Zukunft nicht möglich ſein: es bleibt

also in der Tat dem Zufall überlassen, ob ein Oberlandesgericht, das eine Frage zu entscheiden hat, vielleicht aus einer gelegentlichen Veröffentlichung in einer Fachzeitschrift entnimmt, daß ein anderes Oberlandesgericht dieselbe Frage in entgegengesetztem Sinne entschieden hat.

Dies alles zusammengekommen ergibt sich, daß der Entwurf die Tätigkeit des Reichsgerichts als Revisionsinstanz in Strafsachen in sehr erheblicher und vielleicht nicht ganz unbedenklicher Weise einschränkt. So sehr, wie schon bemerkt, das Bestreben zu begrüßen ist, das Reichsgericht von minderwertigen Sachen zu entlasten, so besteht doch andererseits wieder Gefahr, daß das Reichsgericht, wenn die Einschränkung seiner strafrechtlichen Tätigkeit zu weit geht, mangels Stoffzufuhr an chronischer Blutleere, wie jüngst von sehr beachtlicher Seite erklärt wurde, frinkt, daß es die Fühlung mit der allgemeinen Praxis der Untergerichte zu sehr verliert. Um die Rechtsentwicklung zu überblicken und der Rechtsprechung, wenn nötig, die richtigen Bahnen zu weisen, bedarf das Reichsgericht einer gewissen Stoffmenge; *praxis est multiplex*; die Beschäftigung mit nur einzelnen, seltenen, ausgewählten Fällen reicht nicht aus, um die allgemeinen Gesichtspunkte und Richtlinien für eine zutreffende Gesetzesauslegung und Gesetzesanwendung zu finden.

Weiter aber ist zu befürchten, daß die Rechtseinheit Schaden leidet, zumal wenn die Oberlandesgerichte von der Verweisung an das Reichsgericht wenig Gebrauch machen wollen oder können. Man braucht dabei gar nicht an partikularistische Bestrebungen zu denken, die es dem einen oder dem anderen der Länder wünschenswert erscheinen lassen könnten, sich an der Hand des neuen Gerichtsverfassungsgesetzes unter weitgehender Ausschaltung des Reichsgerichts einen obersten Sondergerichtshof in Strafsachen zu schaffen. Daß der § 380 StPD. der Aufhebung oder wesentlichen Einschränkung bedarf, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Bei der Neuregelung wird aber auch folgendes nicht übersehen werden dürfen. Der erfreulich frische Zug, der jetzt im Reichsjustizministerium auf dem Gebiete der Gesetzgebung herrscht, läßt hoffen, daß auch die längst im Gange befindliche Reform des materiellen Strafrechts bald zum Abschluß gelangt. Das neue Strafgesetzbuch aber bringt, wenn es auch auf dem alten aufbaut, eine Fülle neuer Fragen und Probleme, die einheitlich nur gelöst werden können, wenn das Reichsgericht nicht

nur in Ausnahmefällen tätig zu werden berufen, ſondern ihm Gelegenheit zu möglichſt umfaſſender Betätigung gegeben iſt. Ein Abweichen von reichsgerichtlichen Entſcheidungen gibt es bei allen dann neu auftauchenden Fragen von vornherein nicht, und damit entſiele ohne weiteres die Möglichkeit und die Pflicht für die Oberlandesgerichte, die Entſcheidung des Reichsgerichts einzuholen, es ſei denn, daß ſie annehmen, es handle ſich immer um Klärung von Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung, was nicht wahrſcheinlich iſt; damit aber wäre gerade für die Zeit nach Einführung des neuen StGB. die Gefahr einer ungeheueren Rechtsplitterung nahegelegt; jedes Oberlandesgericht würde die Anzahl neu aufgeworfener Fragen zunächſt einmal nach ſeiner Meinung entſcheiden und vielleicht erſt nach langer Zeit, wenn überhaupt, käme die eine oder andere Frage zur Entſcheidung durch das Reichsgericht.

Zwei Punkte mögen noch erwähnt werden. Die Beläſtigung des Reichsgerichts durch ſogenannte Nullſachen würden, ſelbſt wenn ſeine Zuſtändigkeit unverändert bliebe, mit Einführung der Berufung ohne weiteres weſentlich zurückgehen; denn gerade die Reviſionen in ſolchen Sachen entſpringen vielfach dem Bedürfnis nach einer zweiten Inſtanz, ſind vom Angeklagten — und von ſeinem Verteidiger — nicht ſelten als Berufungen und nicht als Reviſionen gedacht und fallen weg, ſobald es eine Berufung gibt.

Ferner, es mutet im demokratiſchen Staate etwas eigenſtümlich an, daß man, abgesehen von Schwurgerichtſachen, nur dem Staatsanwalt den Weg ans Reichsgericht offen läßt, ihn aber dem Angeklagten verſperrt.

Iſt ſonach die beabſichtigte Neuregelung der Reviſion nicht frei von Bedenken, ſo gilt doch auch hier der Satz, daß Kritiſieren leichter iſt als Beſſermachen. Gegen alle Berufungsurteile der Strafkammer unbefchränkt ſachliche und formale Reviſion an das Reichsgericht zuzulaſſen, iſt weder nötig noch praktiſch durchführbar. Wie ſoll aber die Grenze gezogen werden? Man könnte vielleicht nach der Art und Schwere der Delikte unterſcheiden, ähnlich wie jetzt bei den überweiſungs- und nichtüberweiſungsfähigen; man könnte auch daran denken, einen Unterſchied zu machen zwiſchen den Urteilen der ordentlichen und der auswärtigen Schöffengerichte, die der Entwurf vorſieht und die Reviſionen gegen die Urteile des erſteren dem Reichsgericht,

diesjenigen gegen die Urteile des letzteren den Oberlandesgerichten überweisen, dabei aber dem Reichsgerichte die Möglichkeit offen lassen, Revisionen, in denen es eine Entscheidung seinerseits nicht für erforderlich erachtet, an die Oberlandesgerichte abzugeben. Ob einer der hier angedeuteten Wege und gegebenenfalls welcher besser zum Ziele führt, als der vom Entwurf eingeschlagene, mögen die berufenen Stellen entscheiden.

Zum Schluß noch ein Wort über die Neuregelung der Zuständigkeit des Reichsgerichts als Gericht erster Instanz. Mit gutem Grunde geht der Entwurf davon aus, daß zur Aburteilung der Hoch-, Landesverrats- und Spionagesachen ein Senat an Stelle des bisher vereinigten 2. und 3. Straffenats genügt. Eine Zuweisung dieser Sachen an die Schwurgerichte erschiene, aus den verschiedensten, hier nicht näher zu erörternden Gründen, durchaus verfehlt. Zu erwägen wäre aber, ob es sich nicht empfehlen würde, nicht gesetzlich festzulegen, daß gerade „der zweite Strafsenat“ für diese Sachen zuständig ist, sondern statt dessen zu sagen: „das Hauptverfahren findet vor einem Senate des Reichsgerichts statt“. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, je bei Beginn eines Geschäftsjahres, ähnlich wie es beim Ehrengerichtshof geschieht, einen Senat aus den Mitgliedern sämtlicher Straffenate mit Ausnahme des ersten zu bilden und ihm aus der Zahl der Präsidenten der Straffenate einen Vorsitzenden zu geben. Manche persönlichen Schwierigkeiten, die mit der Festlegung auf den 2. Strafsenat verbunden sein können, würden damit vermieden; vor allem aber die sachliche Schwierigkeit, daß der 2. Strafsenat in Zeiten, in denen die ihm zugewiesenen erstinstanzlichen Sachen einen ganz besonderen Umfang annehmen, wie dies z. B. in den letzten Jahren der Fall war, durch seine Tätigkeit als erste Instanz seiner Aufgabe, als Revisionsgericht tätig zu sein, mehr oder weniger entzogen wird. Man könnte wohl auch daran denken, einem solchen besonders zu bildenden Senat neben den Hoch-, Landesverrats- und Spionagesachen auch die Aburteilung der dem Reichsgerichte nach dem Gesetz vom 18. Dezember 1919 zugebachten Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen zu übertragen.